

Interorganisatorische Koordination von Wirtschaftsverbänden: Relationale Dynamiken zwischen Hierarchie und Wettbewerb¹

Achim Lang

Inter-organizational Coordination between Business Associations: Relational Dynamics between Hierarchy and Competition

Abstract: Political and organization sciences ascribe the formation of coordination structures between sectoral business associations mainly to effects of the national system of business interests, to the establishment of new associations, and to competition about interest domains. This study reveals that the embeddedness of business associations within their sectoral population is guided predominantly by the 'preferential attachment' to business associations that are viewed as influential, no matter on what this attribution is based. Thus, dynamic systems of business interests seem to follow 'laws' similar to those found in physical and organisational network topographies.

Keywords: Interest Groups, Business Associations, Pluralism, Corporatism, Network Analysis

Schlagwörter: Interessengruppen, Wirtschaftsverbände, Pluralismus, Korporatismus, Netzwerkanalyse

1. Wirtschaftsverbände in der neueren Verbändeforschung

Die Erforschung von Interessengruppen und Interessenvermittlungssystemen hat gegenwärtig Konjunktur. Nachdem die Neo-Korporatismuswelle Anfang der 1990er-Jahre verebbt ist, beschäftigt sich nun wieder eine Vielzahl von Arbeiten mit dem Phänomen der organisierten Interessen, und dabei besonders mit Wirtschaftsinteressen. Die meisten Studien sind im Bereich der europäischen Polity angesiedelt und untersuchen Lobbying- und Zugangsstrategien zu den europäischen Institutionen (Beyers 2004; Bouwen 2004; Eising 2008), gehen auf nationale Abweichungen von Europäisierungspfaden ein (Eising 2004) oder fokussieren auf die Entwicklung von Verbandssystemen auf der europäischen Ebene (Eising u. Kohler-Koch 1994; Greenwood 2007). Zur gleichen Zeit haben auch die nationalen Wirtschaftsverbandssysteme wieder Beachtung gefunden (Blom-Hansen 2001; Grote et al. 2008; Lang 2006; Quittkat 2006; Wilts u. Quittkat 2004).

Die Entstehung von Interessengruppen ist sowohl theoretisch als auch empirisch gut ausgeleuchtet worden. Theorien und Ansätze zum kollektiven Handeln (v. a. Olson 1965), zum Ressourcentausch und zu politischem Unternehmertum (Moe 1980; Salisbury 1969) haben zur Erklärung von Verbandsgründungen bei-

1 Ich danke Volker Schneider sowie der Redaktion und den beiden anonymen Gutachtern der Politischen Vierteljahresschrift für ihre Anregungen und Kommentare.

getragen. Es gibt jedoch nach wie vor erhebliche Forschungsdefizite in Bezug auf die Einbettung von Interessengruppen in bestehende Interessenvermittlungssysteme. Art und Umfang der Absorption neuer Verbände haben dabei erhebliche Auswirkungen sowohl auf die Entstehung und Bestandskraft hierarchischer (korporatistischer) Verbandssysteme als auch auf die Wettbewerbsintensität von pluralistischen Verbandslandschaften (Grande u. Schneider 1996).

Empirische Studien, die sich explizit mit interverbandlichen Beziehungen wie Kooperation und Koordination befassen, sind rar. In einer der wenigen Studien geht Rainer Eising (2004) auf die Kooperation von verschiedenen Typen von Wirtschaftsverbänden mit anderen Organisationen ein und kommt zum Ergebnis, dass die überwiegende Mehrzahl der Wirtschaftsverbände mit anderen Wirtschaftsverbänden kooperiert und dass es vor allem Spitzenverbände sind, die sektor- und ebenenübergreifend in verbandliche Kooperationen involviert sind (Eising 2004, S. 234-235). Während Eising seine Argumentation auf ressourcenabhängigkeitstheoretischen und neo-korporatistischen Mechanismen aufbaut, geht eine Reihe von Autoren der Frage nach, welche Effekte die ständig steigende Anzahl von Interessengruppen auf interverbandliche Beziehungen in ehemals korporatistisch organisierten Sektoren haben (Willems u. Winter 2007; Kleinfeld et al. 2007; Lang u. Schneider 2007). Dabei wird einerseits die Notwendigkeit zur vermehrten Abstimmung der Interessenpositionen betont, um nicht zuletzt die Zahl der Verlierer im Gesetzgebungsprozess zu verringern, und andererseits wird auch auf Probleme der strukturellen Integration hingewiesen.

Neben der korporatistischen Forschung hat sich speziell in der US-amerikanischen und europäischen Interessengruppenforschung eine neo-pluralistische Forschungsrichtung etabliert, die sich mit den Effekten von Nischenwettbewerb und Wettbewerbsintensität auf Populationen von Interessengruppen befasst (Gray u. Lowery 1996; Lowery et al. 2008; Wonka et al. 2010). Darin kommt der interverbandlichen Koordination die Funktion zu, Wettbewerb um potenzielle Mitglieder und um Zugang zum politisch-administrativen System abzuschwächen. In einer der wenigen expliziten Arbeiten zu interverbandlichen Beziehungen deutscher Verbände beschreibt beispielsweise Webber (1992) den Prozess der Verringerung des Domänenwettbewerbs zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen und anderen Ärzteverbänden.

Die meisten Studien bedienen sich korporatistischer und/oder pluralistischer Argumentationsmuster. Nur in wenigen Arbeiten werden die interverbandlichen Beziehungen aus einer dezidiert netzwerkanalytischen Perspektive untersucht. Schneider (1992) beispielsweise operationalisiert pluralistische und korporatistische Strukturkonfigurationen und klassifiziert empirische Beispiele anhand ihrer Nähe zu den theoretischen Idealtypen. Einen ähnlichen Ansatz wählen auch Henning und Wald (2000) in ihrer Studie zum Interessenvermittlungssystem in der europäischen Agrarpolitik. Darin verfeinern sie die Korporatismus-Pluralismus-Klassifikation und ergänzen sie um tauschtheoretische Elemente. In beiden Studien sind die interverbandlichen Beziehungen Teil des Klassifikationsschemas, anhand dessen sich die verschiedenen Strukturtypen bestimmen lassen. Einen anderen Zugang wählen Laumann et al. (1985), Schneider (1988) und Stoiber et al. (2007) in ihren Analysen nationaler Gesetzgebungsverfahren. In diesen Studien ist die Einbettung

eines Akteurs in das Informationstauschnetzwerk die zentrale erklärende Variable für dessen Partizipation und Einfluss im Gesetzgebungsprozess. All diesen Studien ist gemein, dass die interverbandlichen Beziehungen erklärende Faktoren darstellen. Bislang gibt es jedoch keine Untersuchungen, die explizit das Zustandekommen von interverbandlichen Beziehungen betrachten. Diese Perspektivverschiebung ist jedoch unabdingbar für die Analyse der dyadischen Interaktionen, aus denen letztendlich korporatistische und pluralistische Makrostrukturen erwachsen. Eine solche Perspektivänderung lässt sich jedoch nur realisieren, wenn auch Erkenntnisse der natur- und informationswissenschaftlichen Netzwerkforschung berücksichtigt werden. Darin werden weitere Faktoren genannt, die die Strukturierung evolvierender Netzwerke beeinflussen (Albert u. Barabási 2002).

Der vorliegende Beitrag setzt nun an diesen theoretischen und empirischen Forschungslücken an und konzentriert sich auf die Analyse der Faktoren, die einen Einfluss auf das Zustandekommen von interverbandlicher Koordination haben. Unter interverbandlicher Koordination soll in diesem Beitrag der dyadische Austausch von Informationen verstanden werden. Aus der neo-pluralistischen und der neo-korporatistischen Theoriebildung werden einige Bestimmungsfaktoren wie der Einfluss des nationalen Spitzenverbandssystems, Verbandsneugründungen und Domänenwettbewerb zwischen Wirtschaftsverbänden extrahiert. Die zentrale These dieser Arbeit lautet jedoch, dass sich die politikwissenschaftlichen Verbändetheorien und hier speziell Neo-Korporatismus und pluralistische Gruppentheorie nicht besonders gut zur Erklärung von interverbandlichem Informationstausch eignen. Stattdessen kommt dem aus der Netzwerktheorie abgeleiteten Faktor der Akteursrelevanz eine herausragende Bedeutung zu.

Zur Beantwortung der Frage nach der dyadischen Informationsweitergabe werden die Entwicklung und die Strukturen der Wirtschaftsverbandssysteme im Informations- und Kommunikationssektor in Deutschland, Großbritannien und Spanien analysiert. Der Informations- und Kommunikationssektor bietet sich für eine Untersuchung besonders an, da die schrittweise Annäherung und Vermengung der Sektoren Printmedien, Telekommunikation, Rundfunk und Internet, die Europäisierung der Entscheidungskompetenzen und die durch die Liberalisierung der Märkte ausgelösten Marktaktivitäten eine Adaption der sektoralen Wirtschaftsverbandsstrukturen an die neuen Rahmenbedingungen erforderlich machten und deshalb von verstärkten interverbandlichen Dynamiken auszugehen ist. Deutschland, Großbritannien und Spanien bieten sich für einen Vergleich an, da die Einflüsse der technologischen Konvergenz und der Europäisierung in diesen Ländern weitgehend identisch sind. Die Länder unterscheiden sich jedoch im Ausmaß der Hierarchisierung des nationalen Spitzenverbandssystems, das in Spanien hierarchisch, in Deutschland duopolistisch und in Großbritannien weitgehend existent ist.

Insgesamt bilden 15 deutsche, 15 britische und 14 spanische Wirtschaftsverbände die Wirtschaftsverbandssysteme, die in dem vorliegenden Beitrag untersucht werden. Dabei handelt es sich um die wichtigsten sektoralen Wirtschaftsverbände im Jahr 2002. Der Untersuchungszeitraum erstreckte sich von 1988 bis 2002.

Der Beitrag gliedert sich neben der Einleitung in vier Abschnitte. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der konzeptionellen Einordnung inter-verband-

lichen Informationstauschs in die Verbändeforschung. Im dritten Abschnitt wird das Untersuchungsdesign beschrieben, die Variablen spezifiziert und die verwendeten Methoden vorgestellt. Im Anschluss werden die unabhängigen Variablen beschrieben und schließlich die Verbandsnetzwerke skizziert. Im vorletzten Kapitel wird die Einbettung der Wirtschaftsverbände in ihre jeweiligen Verbandspopulationen analysiert.

2. Entstehung von Koordination zwischen Wirtschaftsverbänden: theoretische Perspektiven zwischen Politik- und Organisationswissenschaft

Die Entstehung von interverbandlichen Koordinationsstrukturen in Wirtschaftsverbandslandschaften ist bisher hauptsächlich aus drei verschiedenen Perspektiven untersucht worden. Eine neo-pluralistische Perspektive (McFarland 2004; Lowery u. Gray 2004) verweist auf die Parallelität von ökonomischer und gesellschaftlicher Differenzierung und deren Abbildung in der Verbandslandschaft. Demgegenüber sehen die Vertreter der neo-korporatistischen Verbandstheorie in hierarchisch organisierten Verbandssystemen wesentliche Faktoren, welche die Komplexität von Verbandslandschaften reduzieren, indem sich aus Differenzierungsprozessen hervorgegangene neue Interessen in das bestehende Interessenvermittlungssystem integrieren lassen (Schmitter u. Streeck 1999; Streeck u. Kenworthy 2005). Beide Perspektiven betrachten somit die Entstehung und Veränderung von verbandlichen Koordinationsstrukturen im Wesentlichen aus einer Top-down-Perspektive, in der sektorale Koordinationsformen von den Marktstrukturen einerseits und dem Spitzenverbandssystem andererseits beeinflusst werden.

Neben diesen beiden Theoriesträngen hat sich in den letzten Jahren auch eine Netzwerktheorie im Bereich der Interessengruppenforschung etabliert. Die Netzwerktheorie strebt an, die Entstehung von Policies durch Koalitions- und Aushandlungsprozesse zu erklären (Straßner u. Sebaldt 2006). Zentrale Kategorien sind dabei der Informationsaustausch zwischen Interessengruppen einerseits und zwischen Interessengruppen und dem politisch-administrativen System andererseits. Neben einem eigenständigen Beitrag zur Interessengruppenforschung versucht die Netzwerktheorie auch, die bisherigen Theorien und Ansätze in einem übergeordneten relationalen Ansatz zu vereinen (Schneider 1992) und die neuesten Erkenntnisse naturwissenschaftlicher Netzwerktheorien zu integrieren.

Die drei Theoriestränge sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden und Hypothesen zur Ausgestaltung von Koordinationsbeziehungen abgeleitet werden.

2.1 Neo-pluralistische Verbändetheorie

Die neo-pluralistische Perspektive, die aus der Zusammenführung von pluralistischen, Rational-Choice- und populationsökologischen Ansätzen bereits in den 1990er-Jahren² entstand (Gray u. Lowery 1996; Lowery u. Gray 2004, McFarland 2004), untersucht u. a. den Einfluss politischer und ökonomischer Faktoren

2 Ernst Fraenkels Neopluralismus-Konzeption wird in der US-amerikanischen Forschung nicht rezipiert.

auf die Entwicklung von Wirtschaftsverbandssystemen. In empirischen Studien dieser Forschungsrichtung werden besonders die Auswirkungen von Marktwachstum hervorgehoben, das sich unmittelbar auf das Wirtschaftsverbandssystem auswirkt und tendenziell zu einer Ausweitung der Anzahl der Wirtschaftsverbände führt (Aldrich et al. 1994). Wirtschaftsverbände positionieren sich in Nischen, die einen mehr oder minder großen Teil des Interessenspektrums eines Wirtschaftssektors ausmachen und die zudem aus den in der Nische verfügbaren Ressourcen bestehen. Eine anwachsende Population von Organisationen hat nun zur Folge, dass der Wettbewerbsdruck steigt und die Verbände zwingt, Nischen zu finden bzw. die Konkurrenz um Nischen durch deren Partitionierung zu reduzieren (Gray u. Lowery 1996). Nischen werden durch zwei Mechanismen partitioniert (Gray u. Lowery 1996, S. 107): Zum einen können Wirtschaftsverbände in einen Nischenwettbewerb eintreten, in dem um die gemeinsame Teilmenge der Nische so lange konkurriert wird, bis eine Partitionierung stattgefunden hat. Zum anderen können Wirtschaftsverbände aktiv kooperieren, um konsensual eine Nischenpartitionierung zu erreichen. In beiden Fällen verschwindet die Nischenüberschneidung. Für die Einbettung in interverbandliche Netzwerke hat Nischenpartitionierung zur Folge, dass sich besonders neuere Verbände einen Nischenwettbewerb liefern, während ältere Wirtschaftsverbände diesen meist schon ausgefochten oder sich mit anderen Verbänden auf eine Partitionierung geeinigt haben. Ausgehend von der neo-pluralistischen und populationsökologischen Forschung lassen sich somit zwei Hypothesen zur Entstehung von verbandlichen Koordinationsstrukturen ableiten.

H1: Neu gegründete Wirtschaftsverbände sind seltener in interverbandliche Koordinationsstrukturen integriert als ältere, bereits etablierte Verbände.

H2: Wirtschaftsverbände, die im Wettbewerb um eine Interessendomäne zueinander stehen, sind ebenfalls weniger häufig in interverbandliche Koordinationsstrukturen eingebunden.

2.2 Neo-korporatistische Verbändetheorie

Die neo-korporatistische Theoriebildung, die explizit als Gegenmodell zum angelsächsischen Pluralismusmodell konzipiert wurde, basiert auf der Idee einer hierarchisch aufgebauten Verbandspyramide. So konzentriert sich die neo-korporatistische Forschung im Bereich der interverbandlichen Beziehungen bislang hauptsächlich auf die Beschreibung und Analyse formeller und informeller Hierarchien. Darunter lassen sich nach Schmitter und Streeck (1999) einerseits Dachverbände und deren Mitgliederverbände und andererseits Verbandssysteme mit ausdifferenzierten Interessendomänen subsumieren. Differenzierung und Integration in Verbandssystemen können sich dabei entlang einer vertikalen und einer horizontalen Dimension vollziehen (Schmitter u. Streeck 1999, S. 72-78). Horizontale Differenzierung entsteht durch die Aufteilung der Domänen innerhalb eines Sektors unter verschiedenen Verbänden, die sich auf einen Ausschnitt der gesamten Interessendomäne spezialisieren. In unregulierten Verbandssystemen

entstehen durch die autonomen Handlungen von Verbänden Domänenüberschneidungen, die zu Wettbewerbsbeziehungen führen können. Eine vertikale Differenzierung entsteht durch die Gründung von Dachverbänden, die koordinierend in die Verbandsaktivitäten auf den unteren Ebenen eingreifen und damit für eine vertikale bzw. hierarchische Integration von Verbänden in einem Verbandssystem sorgen (vgl. Coleman u. Montpetit 2000).

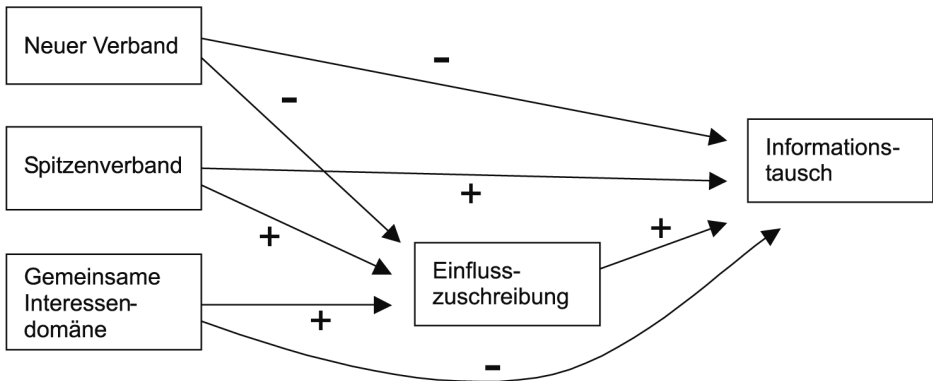
H3: In hierarchischen Verbandssystemen ist die Steuerung auf die Spitzenverbände ausgerichtet, die somit häufiger in Informationstauschbeziehungen eingebunden sind als Nicht-Spitzenverbände.

Die Einbindung von Wirtschaftsverbänden in existierende Spitzenverbandssysteme variiert beträchtlich zwischen den Untersuchungsländern. So hat sich beispielsweise in Spanien ein hierarchisches Wirtschaftsverbandssystem um den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Spitzenverband *Confederación Española de Organizaciones Empresariales* (CEOE) entwickelt, der alle Wirtschaftssektoren einschließt (Brinkmann 2001). Die CEOE vertritt rund eine Million Unternehmen, die in rund 2000 regionalen und 200 sektoralen Wirtschaftsverbänden organisiert sind. Innerhalb dieser Strukturen haben die angeschlossenen Verbände aber weitgehende Autonomie. Sektorale Repräsentationsmonopole existieren nicht. In Deutschland dagegen existiert eine duopole Verbandshierarchie, mit je einem wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Spitzenverband: dem *Bundesverband der Deutschen Industrie* (BDI) und der *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände* (BDA). Der BDI vertritt ausschließlich die Interessen des industriellen Sektors der Wirtschaft, während die Dienstleistungsbranche von anderen Wirtschaftsverbänden repräsentiert wird. Innerhalb des Industriebereichs haben die Fachspitzenverbände des BDI ein Vertretungsmonopol³ (Lang u. Schneider 2007). Die deutsche Verbandslandschaft ist somit zweigeteilt in einen korporatistischen Industriebereich und einen durchaus pluralistischen Dienstleistungsbereich. Die Situation in Großbritannien stellt sich völlig anders dar. Die *Confederation of British Industry* (CBI) ist ein wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Spitzenverband, der allerdings über keinen hierarchisch strukturierten Unterbau verfügt. Vielmehr hat die zunehmende Bedeutungslosigkeit der organisierten Interessen seit der Regierung Thatcher ihre Spuren in der britischen Wirtschaftsverbandslandschaft hinterlassen (Hartmann 1985; Plöhn 2001). So ist die CBI mittlerweile als *primus inter pares* anzusehen, der zwar über die meisten Firmenmitglieder, zumeist aus Industriesektoren, verfügt, aber keine besonderen institutionellen Privilegien hat.

H4: Die Bedeutung der Spitzenverbände sollte sich deutlich zwischen den Ländern unterscheiden; in Spanien sollten Spitzenverbände signifikant häufiger in Informationstauschbeziehungen einbezogen sein als in Großbritannien. Die Bedeutung sektoraler Mitgliedsverbände sollte in Deutschland dazwischen liegen.

3 Zumindest innerhalb des BDI.

Abbildung 1: Kausalmodell des verbandlichen Informationstauschs



2.3 Netzwerktheorie

Die Organisation von Interessenvermittlungsstrukturen wird in letzter Zeit verstärkt in einer relationalen Perspektive diskutiert (siehe u. a. Schneider 1992; Henning u. Wald 2000). Bei dieser neuen Perspektive handelt es sich um einen Import aus der Politiknetzwerk-Forschung (siehe dazu Bazant u. Schubert 2007) und aus der natur- und informationswissenschaftlichen Netzwerkanalyse in den Bereich der Interessengruppenforschung. Der Import aus der Politiknetzwerk-Forschung versucht sich hauptsächlich in der empirischen und methodischen Spezifikation der meist sehr abstrakten Pluralismus- und Korporatismuskonzepte (Schneider 1992), während sich die Inspiration aus naturwissenschaftlichen Netzwerktheorien hauptsächlich in multiplen Beziehungen (Lang 2006) oder in den Entstehungsbedingungen von Netzwerken ausdrückt. In dieser Arbeit geht es nicht um die Einordnung von Verbandslandschaften in das Pluralismus-Korporatismus-Kontinuum, sondern um die Entstehung und Entwicklung von verbandlichen Koordinationsstrukturen. Aus diesem Grunde werden die relationalen Eigenschaften der Verbandsnetzwerke nicht klassifiziert, sondern es werden nur die einzelnen Dyaden in die Analyse miteinbezogen (König u. Bräuninger 1998). In der neueren Netzwerkliteratur wird darauf hingewiesen, dass sich Netzwerkstrukturen hauptsächlich auf den Status bzw. die Relevanz der Akteure zurückführen lassen. Akteure, die einen hohen Status haben oder denen ein großer Einfluss auf das Ergebnis des politischen Prozesses zugeschrieben wird, werden bevorzugt als Interaktionspartner ausgewählt. Dieses Phänomen wird als *preferential attachment* bezeichnet (Barabási 2009). Albert und Barabási vermuten den zugrundeliegenden sozialen Mechanismus in der größeren Bekanntheit, der durch eine hohe Vernetzung mit anderen Knoten bzw. Akteuren einhergeht: „[A] web page will more likely include hyperlinks to popular documents with already high degrees, because such highly connected documents are easy to find and thus well known, or a new manuscript is more likely to cite well-known and thus much-cited publications than less-cited and consequently less-known papers“ (Albert u. Barabási 2002, S. 71). In Politik- und Verbandsnetzwerken signalisieren Status

und Einflussreputation Verhaltenserwartungen, die die Anbindung an andere Akteure im Politiknetzwerk positiv beeinflussen. Eine bevorzugte Anbindung an einflussreiche Akteure bedeutet eine informelle Hierarchisierung des Netzwerks (Ravasz u. Barabási 2003).

H5: Je höher ein Akteur den Einfluss eines anderen Akteurs beurteilt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass er mit diesem Informationen tauscht.

Erklärungen über die Ursachen von preferential attachment an einflussreiche Akteure sind bisher in der sozialwissenschaftlichen Forschung noch kaum formuliert worden. Bislang geht man davon aus, dass Akteure, die über viele Beziehungen zu anderen Akteuren verfügen, im Netzwerk sichtbarer sind und deshalb als Interaktionspartner gewählt werden. Ein weiterer Grund wird in der größeren Netzwerkzentralität dieser Akteure gesehen. Diese bedeutende Netzwerkressource kann auf andere Akteure anziehend wirken (siehe Schneider u. Leifeld 2009). Im Bereich der Wirtschaftsverbände können aber auch die eingangs erwähnten unabhängigen Variablen herangezogen werden. So ist es wahrscheinlicher, dass neu gegründete Verbände seltener als einflussreich angesehen werden, Spitzenverbände und Verbände mit ähnlicher Interessendomäne dagegen häufiger. Die preferential attachment kann somit auch eine intervenierende Variable sein, über die letztlich Informationstausch vermittelt wird (siehe Abb. 1).

3. Forschungsdesign, Datenerhebung und Methoden

In der sozialen Netzwerkanalyse werden meist die Beziehungen der relevantesten Akteure zueinander untersucht. Um die Akteursauswahl auf eine kleinere Gruppe relevanter Wirtschaftsverbände zu reduzieren, muss jedoch zuerst die Gesamtpopulation aller Akteure ermittelt werden. Das Vorgehen soll hier nur kurz skizziert werden: Die Erfassung (möglichst) aller Wirtschaftsverbände im Informations- und Kommunikationssektor erfolgte über Verbändelisten und über Internetrecherchen. Die intensive Recherche führte schließlich zu einer Gesamtzahl von 38 deutschen, 86 britischen und 53 spanischen Informations- und Kommunikationsverbänden. Die selektive Auswahl der Untersuchungseinheiten erfolgte schließlich über Expertenbefragungen in den drei Ländern.⁴ Dieses Vorgehen reduziert die Gesamtzahl der Untersuchungseinheiten auf 18 deutsche, 20 britische und 18 spanische Wirtschaftsverbände. Von diesen wiederum beteiligten sich 15 deutsche,

4 Zu den Experten gehören Wissenschaftler mit I&K-Fachgebiet, Mitglieder staatlicher Expertengremien und Chefredakteure einschlägiger Fachzeitschriften. In allen Ländern wurden die Experten aus möglichst unterschiedlichen Bereichen ausgesucht, um einen Bias zugunsten einer bestimmten Branche auszuschließen. Die Experten wurden gebeten, die Relevanz aller Verbände im Politikprozess auf einer Skala von 0 = unwichtig, über 1 = wichtig bis 2 = sehr wichtig zu beurteilen. Die Summe der Experteneinschätzungen ergibt eine Reputationsrangreihe von Verbänden pro Land. In die Untersuchung werden alle Verbände aufgenommen, die mehr als 25% der maximalen Punktzahl der addierten Expertenrankings erhalten haben.

15 britische und 14 spanische Wirtschaftsverbände an einer standardisierten Befragung im Zeitraum von September 2002 bis Juli 2003 (siehe dazu Lang 2006).

Die abhängigen und unabhängigen Variablen liegen als Matrizen vor. Die Einträge in die Matrix wurden den Antworten des standardisierten Fragebogens entnommen. Das interverbandliche Informationsaustauschnetzwerk, die abhängige Variable, wurde mit folgender Frage erhoben: „Bitte nennen Sie diejenigen Organisationen, denen Ihr Verband wichtige Informationen zur Verfügung stellt. Unterscheiden Sie bitte zwischen „hin und wieder“ (1) und „regelmäßig“ (2).“ In einer anderen Frage wurde analog nach dem Erhalt wichtiger Informationen gefragt. Der gelegentliche Informationsaustausch wird mit „1“ der regelmäßige Informationsaustausch mit „2“ kodiert. Beide Matrizen wurden zu einer Matrix zusammengeführt, in der nur die bestätigten Beziehungen berücksichtigt wurden. Die Frage nach dem Informationsaustausch gehört zum Standardrepertoire der sozialen Netzwerkanalyse (siehe u. a. König 1992; Pappi et al. 1995; Henning u. Wald 2000; Beyers u. Kerremans 2004; Stoiber et al. 2007). In den meisten Studien wird davon ausgegangen, dass Informationen und Expertise zu inhaltlichen Aspekten einer Politikmaßnahme einen entscheidenden Einfluss auf die Macht bzw. die Tauschkapazitäten von den am Politikprozess beteiligten Organisationen haben. Die Definition von „Informationen“ wird dabei meist sehr weitgefasst. Ein Beispiel dafür findet sich bei Beyers und Kerremans (2004, S. 1128): „We define ‘information’ fairly broadly. It may include advice on the best political strategy to be used, knowledge about others’ strategy, as well as a range of, sometimes confidential, technical and scientific findings.“ Die vorliegende Studie geht, wie auch die meisten anderen Studien, ebenfalls von einer breiten Definition des Informationsbegriffs aus. Dies ist hauptsächlich praktischen Erwägungen geschuldet, da sich kaum alle Arten von Informationen möglichst noch mit unterschiedlichen Items in Netzwerkfragebögen unterbringen lassen. So wünschenswert dies sein mag, so praktisch unmöglich wäre eine solche Datenerhebung. Nicht unerwähnt bleiben sollen jedoch die impliziten Annahmen hinter diesem breiten Informationsbegriff und die daraus resultierenden methodologischen Probleme, die bislang jedoch noch wenig thematisiert wurden. So ist zum einen zu nennen, dass alle Informationsarten als gleichwertig angesehen werden, was sie natürlich weder im Politikprozess noch in der interverbandlichen Koordination sind. In der vorliegenden Studie könnten also bestimmte Informationsarten systematisch unterschiedliche Erklärungsbedingungen aufweisen. Zudem wird auch implizit angenommen, dass Informationen über alle Akteurskategorien bzw. Organisationsformen hinweg eine ähnliche Wertigkeit besitzen. Auch diese Annahme ist bislang noch nicht auf ihre Validität überprüft worden. Im Zusammenhang dieser Studie stellt sich die Koordination hauptsächlich als Weitergabe von Interessenpositionen dar. In den persönlichen Interviews, die auch einen unstrukturierten Teil umfassten, wurde von den interviewten Verbandsvertretern immer wieder die Abstimmung von inhaltlichen Positionen mit anderen Verbänden hervorgehoben. Auch wenn keine systematische quantitative Validierung möglich ist, so kann doch aus den qualitativen Befunden diese Annahme als gerechtfertigt eingestuft werden (siehe auch Lang 2006, S. 123-210).

Die Matrix Einflusszuschreibung wurde aus den Antworten der Frage „Bitte geben Sie diejenigen Organisationen an, die *aus der Sicht Ihres Verbandes* für Aktivitäten innerhalb Ihrer Branche relevant (1) bzw. ganz besonders relevant (2) sind.“ konstruiert. Auch die Frage nach der Relevanz bzw. Wichtigkeit von Akteuren gehört zum Standardrepertoire der sozialen Netzwerkanalyse (siehe u. a. Laumann, Knoke u. Kim 1985; Fischer et al. 2002; Stoiber et al. 2007). In den meisten Fällen dient sie dazu, die Macht eines Akteurs bzw. dessen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess zu erfassen. In dieser Studie wird die Relevanzzuschreibung jedoch als unabhängige Variable benutzt, die Aufschluss darüber geben soll, ob Akteure, die andere als relevant ansehen, auch häufiger mit diesen Informationen austauschen. In diesem Sinne dient die Relevanzzuschreibung als Operationalisierung der bevorzugten Anbindung, der *preferential attachments* (siehe dazu Schneider u. Leifeld 2009). In natur- und netzwerkwissenschaftlichen Studien zu *preferential attachment* erfolgt normalerweise keine explizite Messung der Relevanz eines Akteurs durch einen gesonderten Indikator. Als Indikator wird in der Regel die Summe der eingehenden Beziehungen zum Zeitpunkt t-1 verwendet. In der vorliegenden Studie liegen keine Zeitreihendaten vor. Deshalb muss mit der Einflusszuschreibung ein anderer Indikator verwendet werden.⁵

Die Variable *gemeinsame Interessendomäne* wurde ebenfalls in dem standardisierten Fragebogen erhoben. Darin wurden die Verbandsvertreter gefragt, welche anderen Verbände in ihrer Branche aktiv sind und ob somit eine Domänenüberlappung zwischen ihnen besteht. Die Antworten wurden binär kodiert.

Die Matrix zur Variable *neuer Verband* wurde binär kodiert. Als neuer Verband wurden alle Wirtschaftsverbände gezählt, die im Untersuchungszeitraum vom Jahr 1988 bis einschließlich 2002 gegründet wurden. Anschließend wurde der neue Verband als Alteri gesetzt (z. B. Verband → neuer Verband), d. h. alle Spalten mit neuen Verbänden wurden mit „1“ versehen. Mit der Matrix zur Variable *Spitzenverband* wurde analog verfahren.

Um die Einflussstärke der verschiedenen unabhängigen Variablen zu schätzen, wurde eine MRQAP-Regression berechnet. MRQAP ist eine nicht-parametrische Regressionstechnik, mit der eine abhängige Matrix auf eine oder mehrere unabhängige Matrizen zurückgeführt werden kann. Die Signifikanzen der Koeffizienten und das R^2 beruhen auf zeilen- und spaltenweisen Permutationen, mit denen die Unabhängigkeitsannahme der Untersuchungseinheiten, die bei Netzwerkanalysen so gut wie nie gegeben ist, umgangen werden kann (Dekker et al. 2007).

Die MRQAP-Regression beruht zunächst auf einer multiplen Regression der korrespondierenden Zellen der abhängigen und unabhängigen Matrizen. Anschließend werden zeilen- und spaltenweise Permutationen der Matrizen durchgeführt und erneut eine multiple Regression mit den permutierten Matrizen geschätzt. Dieser Vorgang wird tausendfach, im vorliegenden Fall zwanzigtausendfach, wieder-

5 Generell wäre es natürlich wünschenswert, den Effekt der bevorzugten Anbindung auf die Wahrscheinlichkeit des Informationsaustauschs mit Zeitreihendaten zu bestimmen, denn die theoretischen Überlegungen deuten auf eine zirkuläre Kausalität hin. In den meisten Studien wurde bislang die Richtung Informationskontrolle → Relevanz analysiert (z. B. Stoiber et al. 2007), die umgekehrte Richtung ist dagegen nur wenig thematisiert worden (Schneider u. Leifeld 2009).

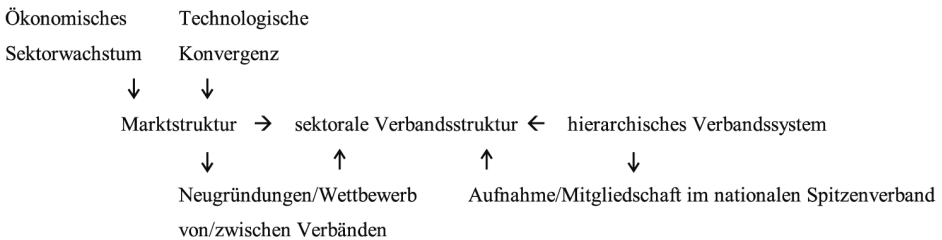
holt. Liegen diese Koeffizienten nahe an dem ursprünglich geschätzten Regressionskoeffizienten, ist der Koeffizient statistisch insignifikant, liegt er weiter davon entfernt, ist er statistisch signifikant (Widmer u. Tröger 2004).

4. Die unabhängigen Variablen: Verbände im Informations- und Kommunikationssektor zwischen Ausdifferenzierung und hierarchischer Integration

In allen nationalen Verbandspopulationen hat sich im Untersuchungszeitraum von 1988 bis 2002 die Anzahl fokaler Verbände erhöht. Ausgelöst wurde dieser Ausdifferenzierungsprozess einerseits durch technologische Innovationen im Bereich Digitalisierung und andererseits durch das ökonomische Sektorwachstum, das den I&K-Sektor als den dynamischsten und den mittlerweile größten volkswirtschaftlichen Sektor ausweist. Die technologischen Innovationen haben dabei neue Nischen innerhalb des Interessenspektrums geschaffen, in die neue und etablierte Verbände expandieren konnten.

Die wesentlichen Entwicklungsdynamiken und deren Auswirkungen auf die sektoralen Verbandslandschaften sollen im Folgenden skizzenhaft aufgezeigt werden (eine ausführliche Darstellung findet sich bei Lang 2006).

Abbildung 2: Schematische Darstellung der Veränderungen in den Verbandslandschaften



4.1 Technologische Konvergenz und Sektorwachstum

Der Informations- und Kommunikationssektor ist ein relativ neuer Sektor, der sich aus bisher getrennten, aber auch aus neu entstandenen Branchen zusammensetzt. Die Evolution des Informations- und Kommunikationssektors erfolgte in zwei Phasen, die gekennzeichnet sind durch eine jahrzehntelang getrennt verlaufende Technologieentwicklung und anschließend durch eine relativ kurze Zeit der technologischen Konvergenz. In der ersten Phase entwickelten die Sektoren Rundfunk, Telekommunikation und Medien in getrennten Pfaden ihre charakteristischen Eigenschaften (Latzer 1997, S. 49-51). In der zweiten Phase erfolgte der eigentliche Konvergenzprozess. Zu diesem gehören einerseits die Transformation von Telekommunikation und digitalisierter Computertechnik zur Telematik und andererseits die Ausdehnung der Telematik auf den Rundfunk- und Mediensektor. Der Informations- und Kommunikationssektor umfasst sowohl die traditionellen Sektoren Telekommunikation, Rundfunk und Printmedien als auch neue Bran-

chen wie Kabelfernsehen, Internet und neue digitale Medien. Parallel zur technologischen Entwicklung setzt auch eine Privatisierungs- und Liberalisierungswelle ein, die in den 1990er-Jahren alle Industriegesellschaften erfasst hat. Verstärkt wurde diese Privatisierungs- und Liberalisierungswelle durch die zunehmende Verlagerung der Gesetzgebungsaktivitäten auf die europäische Ebene (Schneider u. Tenbücken 2004).

Das starke ökonomische Sektorwachstum hat in allen drei Ländern die Anzahl Unternehmen, die im Informations- und Kommunikationssektor operieren, erhöht und so zu Neugründungen von Wirtschaftsverbänden geführt (Grote u. Lang 2003).⁶ Seit einschließlich 1988 ist insgesamt über ein Drittel der Wirtschaftsverbände neu zu den fokalen Verbänden hinzugekommen. Die meisten Neugründungen gab es in Deutschland mit sieben und in Spanien mit sechs neu gegründeten oder aus Fusionen hervorgegangenen Verbänden. Großbritannien dagegen kommt lediglich auf drei Neugründungen (Tab. 1).⁷

Durch die technologische Konvergenz wurden neue Nischen für Wirtschaftsverbände geschaffen, in denen sich einerseits auch Nischenverbände angesiedelt haben. Andererseits kam es durch die Vermengung der Branchen auch zur Bildung von branchenübergreifenden Wirtschaftsverbänden. Diese branchenübergreifenden Wirtschaftsverbände vereinen auch die überwiegende Mehrzahl der Domänenüberschneidungen auf sich. Davon sind vor allem die Kommunikationsverbände betroffen, während sich bei den Medienverbänden die traditionelle verbandliche Arbeitsteilung und Kooperation zwischen den Zeitungs- und Zeitschriftenverlegerverbänden, den Rundfunkverbänden und den Verbänden der werbetreibenden Industrie erhalten konnten. Die Entwicklung verlief jedoch in den drei Ländern nicht einheitlich. Während in Deutschland einige branchenübergreifende Verbände entstanden sind, wurden in Großbritannien und Spanien dagegen kaum branchenübergreifende Verbände gebildet.

6 Eine genauere Analyse des wirtschaftlichen Wachstums, der technologischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf das Anwachsen der Verbandspopulation findet sich bei Lang 2006.

7 Die Unterschiede in den Neugründungsraten lassen sich auf den unterschiedlichen Liberalisierungs- und Privatisierungsbeginn des I&K-Sektors in Großbritannien zurückführen, der bereits 1984 einsetzte, im Gegensatz zu Deutschland 1996 und Spanien 1998. Die Zusammensetzung der britischen fokalen Wirtschaftsverbandspopulation weicht dabei erwartungsgemäß etwas von der deutschen, aber auch von der spanischen Verbandspopulation ab. Die Neugründungen erfolgten in Großbritannien ausschließlich im Telekommunikationssektor, während sich in Deutschland und Spanien auch neue Verbände im Mediensektor, zu dem die Subbranchen Rundfunk, Print und neue Medien gehören, angesiedelt haben. In beiden Ländern halten sich Neugründungen im Mediensektor mit den etablierten Verbänden die Waage. So gibt es in der deutschen Verbandspopulation jeweils vier neue und vier etablierte Medienverbände und in Spanien jeweils fünf. Die britischen Medienverbände wurden dagegen alle schon vor dem Jahr 1988 gegründet. Die Ausnahme bilden die den Internetbereich vertretenden Verbände, die als einzige neue Verbände in die fokale Verbandspopulation aufgestiegen sind.

Tabelle 1: Neugründungen (1988-2002), Domänenwettbewerb und Mitgliedschaft in nationalen Spitzenverbänden

	N	Neugründungen oder aus Fusionen hervorgegange Ver- bände	Domänenüber- schneidung (Dichte)	Mitgliedschaft in nationalen Spit- zenverbänden
Deutschland	15	7	31 (0,15)	5
Großbritannien	15	3	11 (0,05)	3
Spanien	14	6	8 (0,04)	6

4.2 Mitgliedschaft in nationalen Spitzenverbänden

Die Integration und Koordination der nationalen Wirtschaftsverbandssysteme bilden den Rahmen, innerhalb dessen sich die sektoralen Systeme entwickeln können.

Die nationalen Spitzenverbandssysteme unterscheiden sich erheblich im Integrations- und Koordinationsgrad. Die spanische CEOE ist die dominante Interessenvertretung der spanischen Wirtschaft. Ihre Mitgliedsverbände decken den Industrie-, den Dienstleistungs- und sogar den Landwirtschaftssektor ab und sind sowohl Wirtschafts- als auch Arbeitgeberverbände. Zudem verfolgt die CEOE eine vergleichsweise wenig restriktive Mitgliederpolitik, so dass alle volkswirtschaftlichen Sektoren durch mehrere Wirtschaftsverbände innerhalb der CEOE vertreten werden (Molins u. Casademunt 1999; Pardo Avellaneda u. Fernández Castro 1991).

Eine ähnlich zentrale Rolle wie die CEOE hat in Deutschland die BDA inne, allerdings nur für die Arbeitgeberverbände. In der deutschen Wirtschaftsverbandslandschaft existiert dagegen keine umfassende Koordinierung durch einen Spitzenverband. Der BDI nimmt diese Funktion nur im Industriebereich wahr, während die Vertretung des Dienstleistungssektors fragmentiert ist. Durch das Koordinationsgremium des *Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft* wird jedoch eine lose Koordination zumindest der allgemeinen wirtschafts- und arbeitspolitischen Interessen gewährleistet. Die Aufnahme neuer Mitglieder in den BDI geschieht selten, was zum großen Teil den geringen Strukturveränderungen in den industriellen Sektoren der Bundesrepublik geschuldet ist (Lang u. Schneider 2007).

In Großbritannien hat sich bislang kein koordiniertes Verbandssystem entwickelt, obwohl im Jahr 1965 mit der CBI ein wirtschafts- und arbeitspolitischer Spitzenverband gegründet wurde. Die CBI ist dabei sowohl Dachverband von Branchenverbänden als auch ‚normaler‘ Verband mit Firmendirektmitgliedern. Allerdings liegt der Schwerpunkt der Mitglieder eindeutig in Industriebetrieben und dort in wenigen Branchen, wie z. B. der chemischen Industrie und dem Maschinenbau. Die CBI kann somit nur in wenigen Branchen ein Vertretungsmono-

pol beanspruchen und wird zudem dominiert durch die Großindustrie, die sich durch die direkte Mitgliedschaft ein besonderes Gewicht verschafft hat (Hartmann 1985, S. 116-117).

Die deutsche Spitzenverbandslandschaft, an deren Spitze die BDA und der BDI stehen, blieb von den Umwälzungen in der Verbandspopulation des I&K-Sektors nicht unberührt. Innerhalb des Untersuchungszeitraums wurde der erst im Jahr 1999 gegründete *Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien* (BITKOM)⁸ Mitglied des BDI und hat dort die bestehende Hierarchie der Mitgliedsverbände verändert. Mit der Aufnahme des BITKOM vertrat dieser einen der größten ökonomischen Sektoren in Deutschland und rückte daher mit einem Vertreter ins Präsidium des BDI ein. In diesem Präsidium befinden sich auch Repräsentanten des *Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau* (VDMA) und des *Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektroindustrie* (ZVEI). Innerhalb der BDA gab es dagegen keine Veränderungen. Nach wie vor sind nur der *Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger* (BDZV) und der *Verband Deutscher Zeitschriftenverleger* (VDZ) Mitglieder der BDA.

In Großbritannien hatten die sektoralen Veränderungen keine Auswirkungen auf die Zusammensetzung und Struktur des nationalen Spitzenverbandssystems. Von den untersuchten Informations- und Kommunikationsverbänden sind lediglich die drei Wirtschaftsverbände *British Printing Industries Federation* (BPIF), *Federation of Electronics Industry* (FEI) und *Institute of Practitioners in Advertising* (IPA) Mitglied im nationalen Dachverband CBI. Diese gehören zu den etablierten Verbänden des Sektors. Neu gegründete Wirtschaftsverbände wurden noch nicht in die CBI aufgenommen.

Die spanische Verbandslandschaft mit der CEOE an der Spitze ist von den Veränderungen auf der sektoralen Ebene nicht unberührt geblieben. Die CEOE hat es aber verstanden, die neuen Kräfteverhältnisse im Informations- und Kommunikationssektor zu berücksichtigen, indem sie vor allem die neuen Telekommunikations- und Internetverbände als Mitglieder aufgenommen hat. Insgesamt sind sieben der 14 fokalen Wirtschaftsverbände auch Mitglieder der CEOE.⁹ Der gesamte Sektor wird somit fast vollständig von den Mitgliedern der CEOE abgedeckt.

8 Im Oktober 1999 entstand der BITKOM aus einer Fusion des gemeinsamen *Fachverbands Informationstechnik* des VDMA und des ZVEI mit dem *Fachverband Kommunikationstechnik* des ZVEI und den Verbänden *Bundesverband Informations- und Kommunikationssysteme* (BVB) und *Bundesverband Informationstechnologien* (BVIT). Zum 1. Januar 2001 stellten die vier Verbände ihre Aktivitäten ein, lösten ihre Strukturen auf und verschmolzen endgültig. Ein fünfter Verband, der *Unternehmensverband Informationssysteme* (UVI), beteiligte sich an dieser Fusion (BITKOM 2001, S. 7). Mit dem VAF, dem ZVEI und dem VDMA sind auch fokale Verbände Mitglied im BITKOM.

9 Dazu gehören die Verbände AECE, ANIEL, AOC, ASTEL, FAPAE, FNEP und SEDISI.

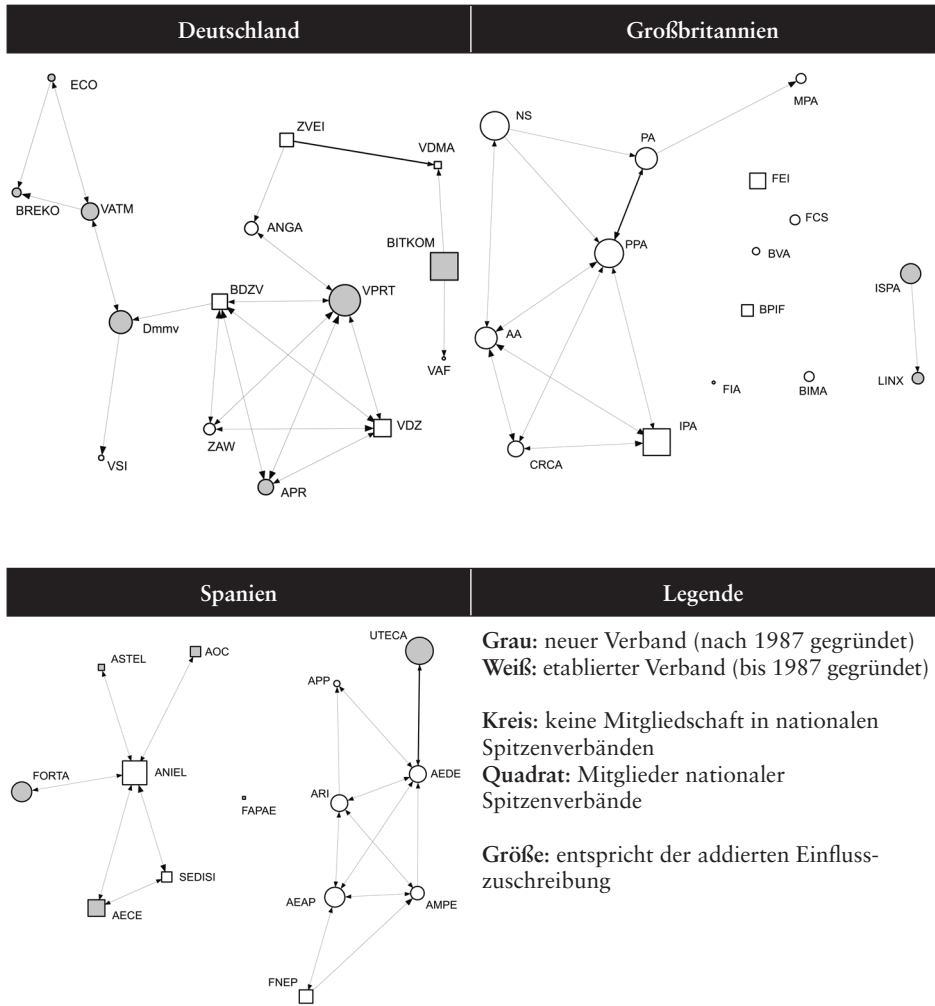
5. Die abhängige Variable: verbandlicher Informationsaustausch im Informations- und Kommunikationssektor

Im vorangegangenen Abschnitt wurde gezeigt, dass die technologische Konvergenz, das Sektorwachstum und die Aufnahmefähigkeit des nationalen Spitzenverbandssystems zu Neugründungen und einem verstärkten Domänenwettbewerb in den sektoralen Verbandslandschaften geführt haben. Diese Veränderungen in der Zusammensetzung der Verbandslandschaften haben ihre Spuren auch in den Informationstauschnetzwerken hinterlassen. Allerdings weisen die Netzwerke ländübergreifend deutliche Unterschiede auf (siehe Abb. 3).

Das deutsche Informationstauschnetzwerk ist verbunden, d. h. alle Verbände erhalten oder senden Informationen und kein Verband steht außerhalb des Netzwerks. Vor allem im Bereich der Medienverbände (APR, BDZV, VDZ, VPRT und ZAW) findet ein regelmäßiger Informationsaustausch statt, während dies zwischen den Kommunikationstechnologieverbänden (BITKOM, Breko, Eco, VATM, VDMA und ZVEI) nur gelegentlich geschieht.

In der deutschen Verbandspopulation ist der Zeitungsverlegerverband BDZV der Verband mit den meisten direkten ‚Nachbarn‘ im Netzwerk. Ähnlich viele Beziehungen zu anderen Verbänden haben auch einige andere Medienverbände, wie der VPRT und der VDZ. Der einzige Kommunikationsverband mit einer vergleichbaren Anzahl an Informationstauschbeziehungen ist der Informationstechnologieverband VATM, der über einige direkte Verbindungen zu anderen Verbänden verfügt. Die Telekommunikations- und Endgeräteverbände, darunter die BDI-Mitgliedsverbände BITKOM, VDMA und ZVEI, liegen an der Peripherie des Netzwerks und haben nur wenige direkte ‚Nachbarn‘. Das Informationstauschnetzwerk weist entgegen dem ansonsten hierarchisch gegliederten nationalen Spitzenverbandssystem keine hierarchische Ordnung auf, die als äquivalent zur Organisation anderer Sektoren, wie z. B. dem Chemiesektor (Grote u. Lang 2003; Grote u. Schneider 2006), angesehen werden kann.

Abbildung 3: Informationstauschnetzwerke



Im britischen Informationstauschnetzwerk besitzen sechs Verbände keine Verbindungen zu anderen Verbänden. Das britische Informationstauschnetzwerk besteht im Wesentlichen aus den Tauschbeziehungen zwischen dem Dachverband der britischen Werbewirtschaft, der *Advertising Association* (AA) und seinen Mitgliedern CRCA, IPA und PPA. Diese Verbände unterhalten noch Beziehungen zur *Publishers Association* (PA) und zur *Newspaper Society* (NS), die ebenfalls Mitglied in der AA ist. Von den Kommunikationstechnologieverbänden findet lediglich zwischen den neuen Internetverbänden ISPA und LINX ein Informationsaustausch statt. Die anderen Kommunikationsverbände sind isoliert.

Die britischen Informations- und Kommunikationsverbände haben keine hierarchische Struktur aufgebaut, wie z. B. im britischen Chemiesektor, in dem die

Chemical Industry Association (CIA) eine zentrale Rolle in der Interessenvertretung des Sektors einnimmt (Grote u. Lang 2003; Grote u. Schneider 2006). Die Medienverbände sind zwar in einem dicht vernetzten Cluster zusammengefasst, ohne dass sich allerdings ein Verband eine hervorgehobene Position erarbeitet hätte. Ein Interessenvermittlungsmonopol konnte sich schon aufgrund der geringen Vernetzung der Informations- und Kommunikationstechnologieverbände nicht etablieren. Die Mitglieder (BPIF, IPA und FEI) des britischen nationalen Spitzenverbands CBI sind mit Ausnahme des IPA nicht in das Netzwerk integriert. IPA gehört dagegen der Gruppe der Medienverbände an.

Das spanische Gesamtnetzwerk teilt sich in zwei Gruppen, die im Wesentlichen den beiden Subsektoren zugeordnet werden können. Die Medienverbände sind sehr dicht vernetzt und setzen sich aus zwei überlappenden Dreiercliquen zusammen, die einen schnellen Informationsaustausch gewährleisten. Im Gegensatz dazu sind die Telekommunikations- und Endgeräteverbände fast sternförmig und damit hierarchisch strukturiert. Im Zentrum des Sterns steht der größte spanische I&K-Verband ANIEL, der in eine Dreierclique mit zwei anderen großen Verbänden, SEDISI und AECE, eingebunden ist, in der diese beiden Verbände keine Austauschbeziehungen zu außenstehenden Verbänden haben.

6. Die Auswirkungen von Populationsdynamiken und Mitgliedschaft in nationalen Spitzenverbänden auf die interverbandlichen Informationsaustauschnetzwerke

In den vorangegangenen Abschnitten wurden die Entwicklung der Wirtschaftsverbandspopulationen und deren strukturelle Integration in interverbandliche Netzwerke deskriptiv nachgezeichnet und im Verbandskontext verortet. In diesem Abschnitt sollen nun die Einflussfaktoren auf die Beziehungsstrukturen eingehender analysiert werden. Ziel ist es, diejenigen Faktoren zu identifizieren, die abhängig vom jeweiligen Kontext die verbandliche Einbettung in Beziehungsnetzwerke beeinflussen.

Um die Wirkung der unabhängigen Variablen auf das Zustandekommen von Informationstauschbeziehungen zwischen den Verbänden abzuschätzen, wurden für jede Verbandslandschaft zwei Netzwerkregressionen (MQAP-Regression) berechnet. Die erste Netzwerkregression hat die Einflusszuschreibung und die zweite Regression den Informationstausch als unabhängige Variable. Die zweite Netzwerkregression beinhaltet die Einflusszuschreibung als weitere unabhängige Variable. Die Rationale dieses Vorgehens liegt darin, direkte und indirekte über die Einflussreputation vermittelte Effekte besser unterscheiden zu können.

Tab. 2 zeigt die standardisierten Regressionskoeffizienten der Regressionsanalysen. Daraus wird ersichtlich, dass die Variablen Spitzenverband und neuer Verband in den meisten Fällen keinen Effekt auf die Einflusszuschreibung und den Informationstausch haben. Auch die Vorzeichen stimmen nicht immer mit der erwarteten Wirkungsrichtung überein. So sind die sektoralen Spitzenverbände in Deutschland und Großbritannien seltener am Informationsaustausch beteiligt. In Spanien ist der ihnen nachgesagte Einfluss signifikant kleiner als bei Nicht-Spitzenverbänden.

Tabelle 2: Ergebnisse der Regressionsanalyse (MRQAP-Regressionskoeffizienten)

Abhängige Variablen Unabhängige Variablen	Deutschland		Großbritannien		Spanien	
	Einfluss	Info- tausch	Einfluss	Info- tausch	Einfluss	Info- tausch
Alteri: Spitzenverband	0.077	-0.084	0.005	-0.071	-0.101*	0.014
Alteri: Neuer Verband	0.134*	-0.162*	-0.076	-0.087	0.053	-0.177**
Domänenüberschneidung	0.393***	0.030	0.448***	0.277**	0.316***	0.303***
Einflusszuschreibung		0.693***		0.373***		0.458***
R ²	0.199	0.439	0.211	0.324	0.106	0.433
Adj. R ²	0.191	0.430	0.204	0.314	0.096	0.424

* $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$

Die direkten und indirekten Effekte der unabhängigen Variablen können am besten mit einem Pfadmodell verdeutlicht werden. In diesem Pfadmodell werden die partiellen Regressionskoeffizienten aus Abbildung 2 als Pfadkoeffizienten eingesetzt.

Betrachtet man die Pfadmodelle für die einzelnen Länder, dann fällt auf, dass es einige Gemeinsamkeiten gibt. So wird deutlich, dass der Informationstausch von der Variable *Einflusszuschreibung* moderiert wird. Einflusszuschreibung hat in allen drei Verbandssystemen den stärksten positiven Effekt. Die Variable *Domänenüberschneidung* übt in allen Verbandssystemen einen positiven indirekten Effekt aus, der in Spanien und Großbritannien noch um einen positiven direkten Effekt ergänzt wird. Die Mitgliedschaft in nationalen Spitzenverbänden weist dagegen weder einen direkten noch einen indirekten Effekt auf den Informationstausch auf. Neue Verbände sind erwartungsgemäß seltener in den Informationstausch eingebunden.

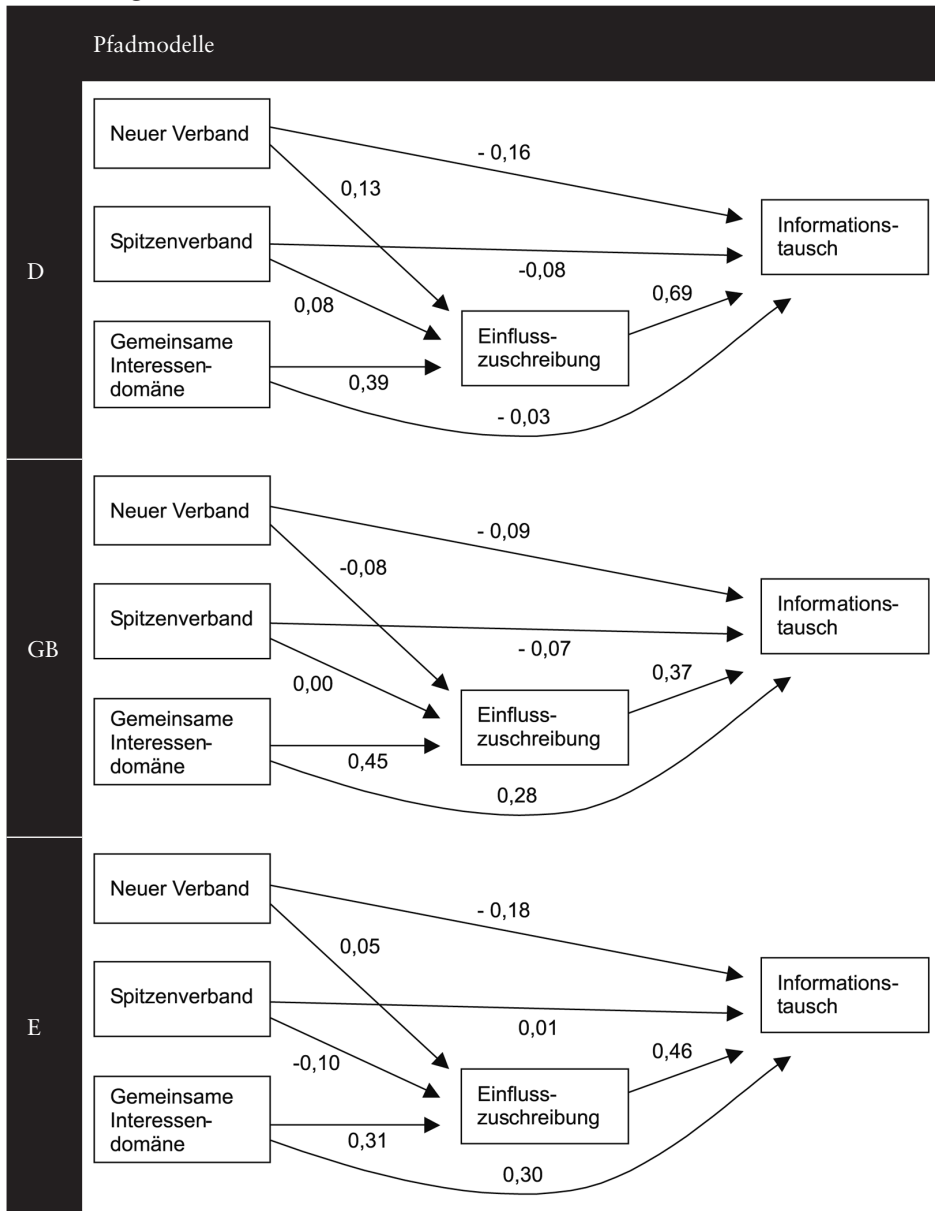
Die Strukturierung von Verbandsnetzwerken läuft somit in neu entstehenden Politikfeldern nicht nach korporatistischem Schema ab, in dem sektorale Spitzenverbände eine herausragende Stellung einnehmen. Vielmehr haben sektorale Spitzenverbände weder einen direkten Effekt auf die Einflusszuschreibung noch auf das Zustandekommen von Informationstausch. Das bedeutet, dass ihnen keine besondere Bedeutung im Politikfeld zugemessen wird und sie – auch deshalb – nicht häufiger in Informationstauschbeziehungen eingebunden sind. Die fehlende Relevanz sektoraler Spitzenverbände in den untersuchten Informationstauschnetzwerken hat in jedem Land andere Ursachen. In Großbritannien haben Spitzenverbände generell keine herausgehobene Stellung, auch wenn seitens der britischen Regierung immer wieder versucht wurde, ein hierarchisches System nach deutschem Vorbild zu installieren (Lang 2006). In Spanien hat die Aufnahme einer Vielzahl von Verbänden in den nationalen Spitzenverband CEOE dazu geführt, dass diese Verbände in den meisten Fällen weder ein Vertretungsmonopol

noch andere Zugangsrechte zu politischen Institutionen haben. In Deutschland stellt sich die Situation etwas anders dar. Im Print- und Medienbereich nehmen die Mitgliedsverbände der BDA, der BDZV und der VDZ eine zentrale Position im Tauschnetzwerk ein, allerdings trifft dies nicht in selbem Maße auf die Mitgliedsverbände des BDI im Kommunikationssektor zu. Der VDMA und der ZVEI haben die Vertretung des Kommunikationssektors weitgehend an den neugegründeten BITKOM abgegeben. Dieser hat sich jedoch sofort in direkte Konkurrenz zu den anderen etablierteren Kommunikationsverbänden gesetzt und wird von diesen im Informationstauschnetzwerk ‚geschnitten‘.

Allerdings sind auch pluralismustheoretische Modelle ungeeignet, Informationstauschbeziehungen zu erklären. So sind die Verbandslandschaften weit davon entfernt, atomistische Wettbewerbsstrukturen auszubilden. Vielmehr besteht gerade zwischen Interessengruppen, deren Interessendomänen sich überschneiden, der meiste Informationstausch. Besonders Wirtschaftsverbände, die Schnittstellen des Sektors repräsentieren, tauschen häufig Informationen aus.

Das geeignetste Erklärungsmodell für die Wahl des Interaktionspartners bietet der Ansatz der bevorzugten Anbindung (*preferential attachment*). Wirtschaftsverbände, die als besonders einflussreich angesehen werden, sind sehr häufig in Informationstauschbeziehungen eingebunden. Dadurch entstehen lokale informelle Hierarchien mit Verbänden an der Spitze, die einen Großteil des Informationsflusses auf sich vereinen. Ein Faktor, der die bevorzugte Anbindung erklärt, ist die Domänenüberschneidung zwischen zwei Verbänden. Folglich müssen beide Verbände gemeinsame Interessen besitzen, damit zumindest ein Verband den anderen als einflussreich ansieht. Betrachtet man allerdings die R^2 -Werte, dann wird deutlich, dass die Domänenüberschneidung als alleiniger Erklärungsfaktor für die Einflusszuschreibung nicht ausreicht.

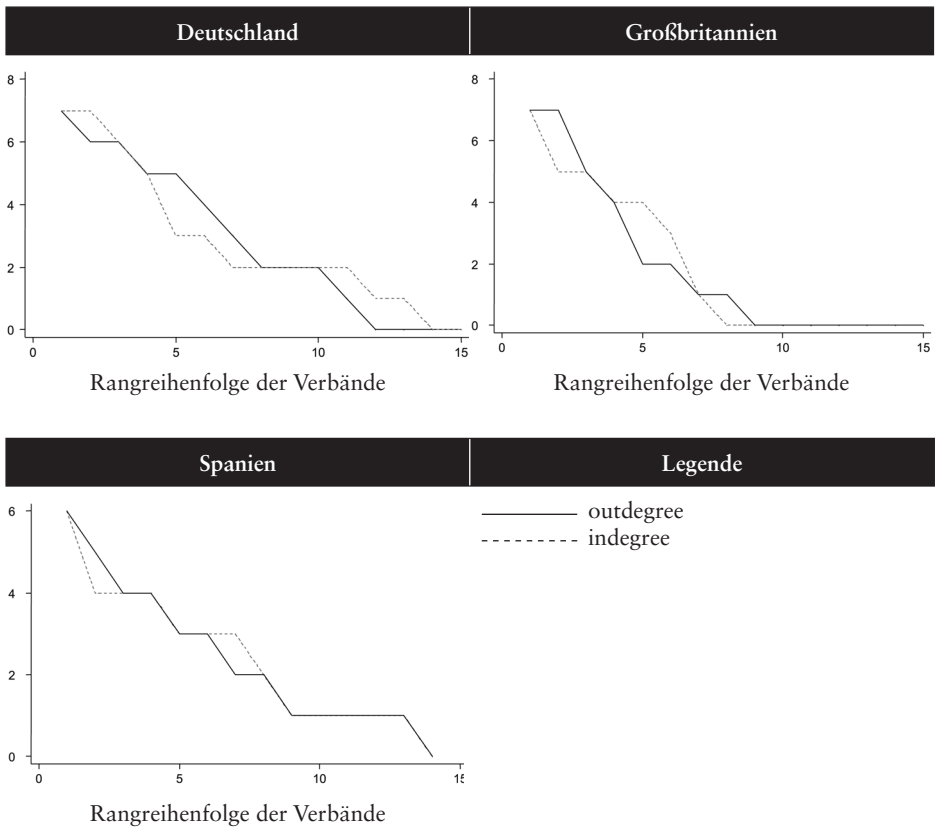
Abbildung 4: Pfadmodelle (basierend auf den standardisierten MRQAP-Regressionskoeffizienten)



Zusammenfassend ergibt die Regressionsanalyse, dass die Strukturierung von Verbandslandschaften in neuen und dynamischen Politikfeldern nicht mehr nach pluralistischem oder korporatistischem Muster erfolgt, sondern Netzwerkdynamiken entfaltet, die aus dem Bereich der Internet- oder Luftverkehrstopographie

bekannt sind (Barabási 2003). Dort bündeln einzelne Netzwerkknoten, die Hubs oder Drehkreuze, Verbindungen mit vielen anderen Netzwerkknoten, die selbst jedoch nicht miteinander verbunden sind. Die Verteilung der Gradzentralitäten, die die Anzahl der direkten Nachbarn misst, nimmt dann eine Power-Law-Verteilung an, in der es nur wenige Netzwerkknoten mit vielen Kanten gibt, aber sehr viele Knoten mit wenigen Kanten. Solchen Netzwerken wird auch nachgesagt, selbstorganisierend zu sein, in dem über die bevorzugte Anbindung lokale Hierarchien entstehen (Barabási 2009). Dies trifft auch auf die analysierten Verbandslandschaften zu. So verteilen sich die Informationstauschbeziehungen weder gleichmäßig noch zufällig auf die Wirtschaftsverbände. Vielmehr haben einige wenige Verbände sehr viele Beziehungen, während die Mehrzahl der Wirtschaftsverbände kaum Beziehungen zu anderen Verbänden unterhält (Abb. 5).

Abbildung 5: Geordnete Reihenfolge der Gradzentralitäten (vertikal: Anzahl Tauschbeziehungen)



Die ungleiche Verteilung der Beziehungen und die damit verbundenen unterschiedlichen Koordinationsmöglichkeiten lassen manche Erkenntnisse der Verbändeforschung in einem neuen Licht erscheinen. Zum einen scheint die Fähigkeit

von nationalen Spitzenverbänden, ihre hierarchische Ordnung auch in neuen bzw. dynamischen Sektoren durchzusetzen, beschränkt zu sein. Dadurch sind auch die Realisierungschancen privater Interessenregierungen (Streeck u. Schmitter 1996) als eigenständiger verbandlicher Ordnung betroffen, die explizit auf der ausgehandelten gegenseitigen Abstimmung in Kollektivverträgen durch Spitzenverbände beruht. Vielmehr können für die erfolgreich gestaltete Selbstorganisation exogene Bedingungen verantwortlich zeichnen, welche die Netzwerkstruktur in Richtung einer natürlichen Hierarchie steuert. Die bevorzugte Anbindung scheint hier eine wichtige Rolle zu spielen. Allerdings ist nicht klar, ob staatliche Anerkennung und Repräsentationsmonopol die bevorzugte Anbindung moderieren oder umkehrt.

Die Frage nach der Fähigkeit zur Selbstorganisation von Verbandssystemen betrifft nicht nur die neo-korporatistische Verbändetheorie, sondern auch die Pluralismustheorie mit ihrer expliziten Annahme der Ausbalancierung der Kräfte. So ist nicht klar, ob pluralistische Verbandssysteme stabil sein können. Die Erkenntnisse dieser Studie deuten darauf hin, dass es eine natürliche Bewegung zu mehr Hierarchie bzw. Oligarchie gibt, wenn die Verbandslandschaft sich nach den Netzwerkgesetzmäßigkeiten ‚Dynamik‘ und ‚bevorzugte Anbindung‘ organisiert. Das bedeutet einerseits, dass die interne Struktur von Verbandslandschaften hierarchischer wird, und andererseits bedeutet das auch, dass die Organisation von bereits etablierten Gegenkräften nicht unbedingt in ein symmetrisches Kräftegleichgewicht münden wird. Zumindest spielen hier die Faktoren ‚Netzwerkausdehnung‘ und ‚bevorzugte Anbindung‘ (neben vielen weiteren Faktoren) hinein, die zur nicht-linearen Evolution von Verbandslandschaften beitragen.

Auch für die Regierungspraxis stellt die Netzwerkforschung neue Anregungen bereit. So sollte die Auswahl an Gesprächspartnern, Teilnehmern von Konsultationsgremien und konzertierten Aktionen nicht aufgrund attributiver Maßzahlen erfolgen, wie z. B. Seniorität der Organisation, Ressourcenstärke und institutionelle Stellung im Verbandssystem. Vielmehr sollten Organisationen nach ihrer Einbettung in das Politik- bzw. Verbändenetzwerk beurteilt werden und die institutionelle Einbindung in den Politikprozess nach der Zentralität der Organisation im Informationsnetzwerk und den daraus resultierenden Koordinationsmöglichkeiten erfolgen. Dadurch würden sich die Reichweite der Informationsbeschaffung und damit auch die Informationsvielfalt erhöhen. Letztlich, so zumindest wird es in der Netzwerkliteratur diskutiert, ließen sich dadurch auch kreativere Politiklösungen finden (Reagans et al. 2004).

7. Zusammenfassung

Dieser Beitrag beschäftigte sich mit der Frage, welche Koordinationsstrukturen, operationalisiert als Informationstauschnetze, sich in sektoralen Wirtschaftsverbandssystemen entwickeln und welchen Einfluss Neugründungen, Domänenüberschneidungen, das nationale Spitzenverbandssystem und die Akteursrelevanz auf die Entstehung von Informationstausch zwischen Wirtschaftsverbänden haben. Die Analyse beruhte auf Netzwerkdaten von Wirtschaftsverbänden im Informations- und Kommunikationssektor in Deutschland, Großbritannien und Spanien.

Hypothesen für die Auswirkungen von Populationsdynamiken und nationalen Spitzenverbandssystemen wurden dem Neo-Pluralismus, dem Neo-Korporatismus und der Netzwerktheorie entnommen. Die neo-pluralistische Perspektive fokussiert auf Wettbewerbsaspekte, die vor allem durch Verbandsneugründungen und Domänenüberschneidungen ausgelöst werden. Dieser Perspektive zufolge werden vor allem die Einschränkungen interverbandlicher Koordination hervorgehoben, einerseits zwischen konkurrierenden Verbänden und andererseits durch die Integration neuer Verbände in ein etabliertes Verbandssystem. Im Gegensatz dazu thematisiert die neo-korporatistische Verbandsforschung die Kooperation innerhalb eines hierarchisch organisierten Verbandssystems. Aus neo-korporatistischer Perspektive sollte der Informationsaustausch im Wesentlichen über Spitzenverbände erfolgen.

In der Analyse haben sich wesentliche Grundzüge der Entstehung interverbandlicher Beziehungen gezeigt, die sich nicht mit den gängigen politikwissenschaftlichen Theorien in Einklang bringen lassen. Vielmehr hat die empirische Überprüfung der Hypothesen gezeigt, dass die Einbettung von Wirtschaftsverbänden in ihre sektoralen Verbandspopulationen ein komplexer Vorgang ist, der hauptsächlich über die bevorzugte Anbindung (*preferential attachment*) an Wirtschaftsverbände erfolgt, die als besonders einflussreich angesehen werden. Damit folgen auch Verbandstopologien – zumindest in neuen dynamischen Politikfeldern – Gesetzmäßigkeiten, wie sie auch in biologischen, physikalischen und organisationssoziologischen Netzwerken schon nachgewiesen wurden. Die weitere Forschung ist allerdings angehalten, das Phänomen der *preferential attachments* genauer zu untersuchen. So ist noch nicht wirklich bekannt, welche Faktoren einen Wirtschaftsverband als einflussreich erscheinen lassen. Naheliegend wäre hier, nach der Medienpräsenz eines Verbands oder nach der Art der Einflussnahme im Politikprozess zu fragen. Ein weiterer Anknüpfungspunkt liegt in der möglichen Selbstorganisation von Verbandslandschaften, die ohne explizite staatliche Einflussnahme hierarchische bzw. oligarchische Strukturen entwickeln. Dies dürfte auch interessant für die Legitimation verbandlicher Beteiligung am Politikprozess und für die Umsetzungschancen von Politiken sein.

Literatur

- Albert, Réka, und Albert-László Barabási. 2002. Statistical mechanics of complex networks. *Review of Modern Physics* 74:47-97.
- Aldrich, Howard, Catherine Zimmer, Udo Staber, und John J. Beggs. 1994. Minimalism, Mutualism, and Maturity. The Evolution of the American Trade Association Population in the 20th Century. In *Evolutionary Dynamics of Organizations*, Hrsg. Joel A. C. Baum und Jitendra V. Singh, 223-239. Oxford: Oxford University Press.
- Barabási, Albert-László. 2003. *Linked. How Everything is Connected to Everything Else and What it Means for Business, Science, and Everyday Life*. New York: Plume.
- Barabási, Albert-László. 2009. Scale-Free Networks: A Decade and Beyond. *Science* 325:412-413.

- Bazant, Ursula, und Klaus Schubert. 2007. Verbände in Politiknetzwerken. In *Interessenverbände in Deutschland*, Hrsg. Ulrich Willems und Thomas von Winter, 413-438. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beyers, Jan. 2004. Voice and Access. Political Practices of European Interest Associations. *European Union Politics* 5:211-240.
- Beyers, Jan, und Bart Kerremans. 2004. Bureaucrats, Politicians, and Societal Interests: How Is European Policy Making Politicized? *Comparative Political Studies* 37:1119-1150.
- BITKOM, Bundesverband Informationswirtschaft Telekommunikation und neue Medien. 2001. *Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien*. Berlin: BITKOM.
- Blom-Hansen, Jens. 2001. Organized interests and the state: A disintegrating relationship? Evidence from Denmark. *European Journal of Political Research* 39:391-416.
- Bouwen, Pieter. 2004. Exchanging access goods for access: A comparative study of business lobbying in the European Union institutions. *European Journal of Political Research* 43:337-369.
- Brinkmann, Sören. 2001. Spanien. Der lange Weg in die Zivilgesellschaft. In *Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*, Hrsg. Werner Reutter und Peter Rütters, 427-451. Opladen: Leske + Budrich.
- Coleman, William D., und Éric Montpetit. 2000. Multitiered Systems and the Organization of Business Interests. In *Organized Business and the New Global Order*, Hrsg. Justin Greenwood und Henry J. Jacek, 160-176. London: St. Martin's Press.
- Dekker, David, David Krackhardt, und Tom A. B. Snijders. 2007. Sensitivity of MRQAP Tests to Collinearity and Autocorrelation Conditions. *Psychometrika* 72:563-581.
- Eising, Rainer. 2004. Multilevel governance and business interests in the European Union. *Governance* 17:211-245.
- Eising, Rainer. 2008. Clientelism, Committees, Pluralism and Protests in the European Union. Matching Patterns? *West European Politics* 31:1166-1187.
- Eising, Rainer, und Beate Kohler-Koch. 1994. Inflation und Zerfaserung. Trends der Interessenvermittlung in der Europäischen Gemeinschaft. In *Staat und Verbände*, Hrsg. Wolfgang Streeck, 175-206. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fischer, Alex, Sarah Nicolet, und Pascal Sciarini. 2002. Europeanisation of a Non-EU Country: The Case of Swiss Immigration Policy. *West European Politics* 25:143-170.
- Grande, Edgar, und Volker Schneider. 1996. Kontingenzen verbandlicher Interessenvertretung. Zur Organisation von Nutzerinteressen im Telekommunikationssektor. In *Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 1996*, Hrsg. Herbert Kubicek, et al., 257-261. Heidelberg: R. v. Decker's Verlag.
- Gray, Virginia, und David Lowery. 1996. A Niche Theory of Interest Representation. *The Journal of Politics* 58:91-111.
- Greenwood, Justin. 2007. *Interest Representation in the European Union*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Grote, Jürgen R, und Achim Lang. 2003. Europeanization and Organizational Change in National Trade Associations. An Organizational Ecology Perspective. In *The Politics of Europeanization*, Hrsg. Kevin Featherstone und Claudio M. Radaelli, 225-254. Oxford: Oxford University Press.

- Grote, Jürgen R., Achim Lang, und Volker Schneider (Hrsg.). 2008. *Organized Business Interests In Changing Environments. The Complexity of Adaptation*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Grote, Jürgen R., und Volker Schneider. 2006. Organizations and Networks in a Globalizing Economy British and German Chemical Interest Associations. In *Governing Interests. Business Associations Facing Internationalization*, Hrsg. Wolfgang Streeck, Jürgen R. Grote, Volker Schneider und Jelle Visser, 117-148. London: Routledge.
- Hartmann, Jürgen. 1985. *Verbände in der westlichen Industriegesellschaft. Ein international vergleichendes Handbuch*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Henning, Christian H. C. A., und Andreas Wald. 2000. Zur Theorie der Interessenvermittlung: Ein Netzwerkansatz dargestellt am Beispiel der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. *Politische Vierteljahresschrift* 41:647-676.
- Kleinfeld, Ralf, Anette Zimmer, und Ulrich Willems (Hrsg.). 2007. *Lobbying. Strukturen, Akteure, Strategien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- König, Thomas. 1992. *Entscheidungen im Politiknetzwerk: Der Einfluss von Organisationen auf die Arbeits- und sozialrechtliche Gesetzgebung in den 80er Jahren*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- König, Thomas, und Thomas Bräuninger. 1998. The Formation of Policy Networks: Preferences, Institutions and Actors' Choices of Information Exchange Relations. *Journal of Theoretical Politics* 10:445-471.
- Lang, Achim. 2006. *Die Evolution sektoraler Wirtschaftsverbände*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lang, Achim, und Volker Schneider. 2007. Wirtschaftsverbände. Verbandspolitik im Spannungsfeld divergierender Interessen und hierarchischer Integration. In *Interessenverbände in Deutschland*, Hrsg. Ulrich Willems und Thomas von Winter, 221-243. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Latzer, Michael. 1997. *Mediamatik - Die Konvergenz von Telekommunikation Computer und Rundfunk*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Laumann, Edward O., David Knoke, und Kim Yong-Hak. 1985. An Organizational Approach to State Policy Formation. A Comparative Study of Energy and Health Domains. *American Sociological Review* 50:1-19.
- Lowery, David, und Virginia Gray. 2004. A Neopluralist Perspective on Research on Organized Interests. *Political Research Quarterly* 57:163-175.
- Lowery, David, Caelesta Poppelaars, und Joost Berkhout. 2008. The European Union Interest System in Comparative Perspective: A Bridge Too Far? *West European Politics* 31:1231-1252.
- McFarland, Andrew S. 2004. *Neopluralism: The Evolution of Political Process Theory*. Lawrence: University Press of Kansas.
- Moe, Terry M. 1980. *The Organization of Interests*. Chicago: University of Chicago Press.
- Molins, Joaquin M., und Alex Casademunt. 1999. Pressure Groups and the Articulation of Interests. In *Politics and Policy in Democratic Spain*, Hrsg. Paul Heywood, 124-146. London: Routledge.
- Olson, Mancur. 1965. *The Logic of Collective Action*. Cambridge: Harvard University Press.
- Pappi, Franz Urban, Thomas König, und David Knoke. 1995. *Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik. Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze: Ein deutsch-amerikanischer Vergleich*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.

- Pardo Avellaneda, Rafael, und Joaquín Fernández Castro. 1991. Las Organizaciones Empresariales y la Configuración del Sistema de Relaciones Industriales de la España democrática, 1977-1990. In *Las Relaciones Laborales en España*, Hrsg. Faustino Miguélez und Carlos Prieto, 147-184. Madrid: Siglo XXI Editores.
- Plöhn, Jürgen. 2001. Großbritannien. Interessengruppen im Zeichen von Traditionen, sozialem Wandel und politischen Reformen. In *Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*, Hrsg. Werner Reutter und Peter Rütters, 169-196. Opladen: Leske + Budrich.
- Quittkat, Christine. 2006. *Europäisierung der Interessenvermittlung. Französische Wirtschaftsverbände zwischen Beständigkeit und Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ravas, Erzsébet, und Albert-László Barabási. 2003. Hierarchical organization in complex networks. *Physical Review E* 67:026112.
- Reagans, Ray, Ezra Zuckerman, und Bill McEvily. 2004. How to Make the Team: Social Networks vs. Demography as Criteria for Designing Effective Teams. *Administrative Science Quarterly* 49:101-133.
- Salisbury, Robert. H. 1969. An exchange theory of interest groups. *Midwest Journal of Political Science* 13:1-32.
- Schmitter, Philippe C., und Wolfgang Streeck. 1999. The Organization of Business Interests. *MPIfG Discussion Paper 99/1*. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Schneider, Volker. 1988. *Politiknetzwerke der Chemikalienkontrolle: Eine Analyse einer transnationalen Politikentwicklung*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Schneider, Volker. 1992. The Structure of Policy Networks: A Comparison of the "Chemicals Control" and "Telecommunications" Policy Domains in the Federal Republic of Germany. *European Journal of Political Research* 21:109-129.
- Schneider, Volker, und Philip Leifeld. 2009. Überzeugungssysteme, Diskursnetzwerke und politische Kommunikation Ein zweiter Blick auf die deutsche Chemikalienkontrolle der 1980er Jahre. In *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*, Hrsg. Volker Schneider, Frank Janning, Philip Leifeld und Thomas Malang, 133-152. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schneider, Volker, und Marc Tenbücken (Hrsg.). 2004. *Der Staat auf dem Rückzug. Die Privatisierung der öffentlichen Infrastrukturen*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Stoiber, Michael, Simon Bruhn, Axel Dabitsch, Björn Hörnle, Andreas Pawelke, Nadine Piefer, und Frank Wittmann. 2007. Organisierte Interessen in der Landespolitik. Die Entstehung des INGE-Gesetzes in Hessen. *Politische Vierteljahresschrift* 48:485-510.
- Straßner, Alexander, und Martin Sebaldt. 2006. Klassik und Moderne: Neue Verbändetheorien und ihre gesellschaftliche Reflexion. In *Klassiker der Verbändeforschung*, Hrsg. Martin Sebaldt und Alexander Straßner, 305-337. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Streeck, Wolfgang, und Lane Kenworthy. 2005. Theories and Practices of Neocorporatism. In *The Handbook of Political Sociology*, Hrsg. Thomas Janoski, Robert R. Alford, Alexander M. Hicks, und Mildred A. Schwartz, 441-460. Cambridge: Cambridge University Press.
- Streeck, Wolfgang, und Philippe C. Schmitter, 1996: Gemeinschaft, Markt und Staat - und Verbände? In *Organisation und Netzwerk: Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und*

- Politik*, Hrsg. Patrick Kenis und Volker Schneider, 123-154. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Webber, Douglas. 1992. Die kassenärztlichen Vereinigungen zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl. In *Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl*, Hrsg. Renate Mayntz, 211-272. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Widmer, Thomas, und Vera Tröger. 2004. Ereignisdatenbasierte Netzwerkanalyse. In *Anwendungen Sozialer Netzwerkanalyse*, Hrsg. Uwe Serdült, 161-181. Zürich: Universität Zürich.
- Willems, Ulrich, und Thomas von Winter (Hrsg.). 2007. *Interessenverbände in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wilts, Arnold, und Christine Quittkat. 2004. Corporate interests and public affairs: organised business-government relations in EU member states. *Journal of Public Affairs* 4:384-399.
- Wonka, Arndt, Frank F. Baumgartner, Christine Mahoney, und Joost Berkhout. 2010. Measuring the Size and Scope of the EU Interest Group Population. *European Union Politics* 11:463-476.

Autorenangaben

Dr. Achim Lang,
Universität Konstanz, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaften,
Postfach 5560, D81, 78457 Konstanz,
achim.lang@uni-konstanz.de